



RECHNEN, DOKUMENTIEREN, PRÜFEN

Der Aufwand steigt

So ist es eigentlich nicht gedacht: Im Engagement geht mehr als die Hälfte der Zeit für Bürokratie drauf. Das hat das Bürokratie-Barometer der Aktiven Bürgerschaft zutage gefördert.

FOTO: Henry Huber / 123rf.com

Etwas Schönes kaufen und damit Gutes tun: Diese Kombination gefällt vielen Menschen gut, und deshalb machen gemeinnützige Vereine und Stiftungen gerne entsprechende Angebote. Sei es der Adventskalender, dessen Erlöse in Projekte für Kinder aus armen Familien fließen, sei es der Bürgerbrunch, dessen Eintrittsgeld nicht nur einen geselligen Vormittag, sondern auch einen Beitrag für ein Antidrogenprojekt oder den Förderverein der Musikschule verspricht. Doch Vorsicht: Mit den Begünstigten freut sich zugleich das Finanzamt, denn auf die Einnahmen solcher Aktionen ist in der Regel Umsatzsteuer zu zahlen. Das Steuerrecht ist kompliziert und wenn die Verantwortlichen im Verein sich nicht auskennen und die Einnahmen komplett weiterspenden, droht ein böses Erwachen. Sobald die fiskalische Forderung eintrifft, ist sie aus den vereinseigenen Mitteln zu begleichen und ein Loch in die Kasse gerissen.

Man muss Bescheid wissen: Das gilt für viele Bereiche. Etwa für die Frage, wann die Körperschaftssteuer anfällt. Oder dafür, dass eine Spende zeitnah verwendet werden muss. Wer eine Stiftung managt, muss einen Jahresabschluss und einen Jahresbericht vorlegen, Gremienprotokolle und Steuererklärung erstellen, Betriebsprüfungen bewältigen, Buchhaltung führen, Spendenbescheinigungen ausstellen, die Verwendung von Fördermitteln nachweisen, die Vorschriften im Datenschutz einhalten, sich mit dem Transparenzregister auskennen.

Ganz zu schweigen vom Dauerbrenner Abgabenordnung mit ihrem Katalog der gemeinnützigen Zwecke, für die Spenden steuerlich geltend gemacht werden können. Und deren Kenntnis dann immer noch nicht vor Pleiten schützt: Wer beispielsweise andere beim Erreichen gemeinnütziger Zwecke fördert, aber selbst nicht unmittelbar dafür tätig ist, kann sich die Sache mit der Gemeinnützigkeit abschminken.

Niemand glaubt an Besserung

Wie viel Zeit es Bürgerstiftungsvorstände und -geschäftsführer kostet, sich schlau zu machen, fragte im Sommer 2019 die Aktive Bürgerschaft für ihr Bürokratie-Barometer 2019. Ergebnis: Bis zu zwei Drittel ihrer Engagementzeit geht für die Bürokratie drauf. Im Durchschnitt widmen sie die Hälfte ihrer Zeit der Erfüllung bürokratischer Vorschriften. Und die Tendenz ist steigend: Mehr als zwei Drittel der ehrenamtlichen Vorstände und Geschäftsführer sagten, der Aufwand sei in den letzten fünf Jahren gestiegen, und zwei Drittel sind es auch, die erwarten, dass der Bürokratieaufwand im Ehrenamt in den kommenden fünf Jahren weiter steigen wird. Die anderen rechnen mit Kontinuität. Dass der Aufwand sinken wird, wagte keiner der Befragten zu hoffen.

Doppelte Missachtung

Trotz des relativ hohen Zeitaufwands, den die meisten Vorstände und Geschäftsführer als belastend empfinden, hält sich der Ärger in ▶

„Jeder Politiker, der bei einer Entscheidung mitgewirkt hat, sollte die von ihm mitbeschlossene Vorschrift selbst mindestens dreimal (und zwar alleine) bearbeiten und ausfüllen beziehungsweise jemandem richtig erklären können. Danach wird von einem Dritten beurteilt, ob er es verstanden hat und richtig umsetzen konnte.“

Vorstand einer Bürgerstiftung im Bürokratie-Barometer

Das Barometer

Die Stiftung Aktive Bürgerschaft befragte im Mai 2019 ehrenamtliche Vorstandsmitglieder sowie haupt- und ehrenamtliche Geschäftsführer der Bürgerstiftungen in Deutschland. 139 von ihnen gaben Auskunft über ihre Bürokratie-Belastung.

Mehr zu den Ergebnissen und Methodik im Bürokratie-Barometer Bürgerstiftungen 2019:

<https://tinyurl.com/yykffqmm>

▷ Grenzen. Mehr als die Hälfte der Befragten akzeptiert, dass die staatliche Bürokratie auch Gemeinnützige trifft. Allerdings empfindet ein Drittel der Befragten das Ausmaß an Bürokratie als Missachtung ehrenamtlichen Engagements.

Tatsächlich erweist der Staat ausgerechnet an dieser Stelle jenen Bürgerstiftungen einen schlechten Dienst, die sich bemühen, die Folgen der Bürokratiebelastung für Stifter und Engagierte abzumildern. Diese Stifter können sich mit einer Treuhandstiftung oder einem Stiftungsfonds unter das Dach der Bürgerstiftung begeben, die ihnen die Verwaltung dann abnimmt. Die Stifterin oder der Stifter kann sich dann auf die inhaltlichen Aspekte ihres oder seines Engagements konzentrieren und muss sich

um die Administration nicht kümmern. Gleiches gilt für Zeitstifter, die eine Projektidee haben und dafür keinen eigenen Verein gründen wollen. Für die Bürgerstiftung wiederum erfüllt sich der Zweck, Engagement zu fördern. Belohnt wird das allerdings nicht: Für die Verwaltungskosten, die bei der Bürgerstiftung anfallen, kann sie gezielt keine Spenden einwerben, da sie nicht durch die Abgabenordnung begünstigt sind. Eine Spende hierfür kann also vom Spender nicht abgesetzt werden.

Als Missachtung ihrer Anstrengungen erlebte eine westdeutsche Bürgerstiftung auch den staatlichen Umgang mit ihren Bemühungen, eine Struktur in der Stadt zu schaffen, die eine spannungsfreie Aufnahme der vielen geflüchteten Menschen ermög-



lichte. Die Bürgerstiftung organisierte einen Runden Tisch, an dem alle Initiativen und Einrichtungen ihre Aktivitäten abstimmen konnten. Ein Erfolg, deshalb legte die Stadt Wert darauf, diese Struktur auch über die Arbeit mit den Geflüchteten hinaus aufrechtzuerhalten. Doch steuerlich blieb die Wertschätzung aus: Seit 2019 bleibt

die Bürgerstiftung voll auf den Kosten sitzen, nachdem zum 31. Dezember 2018 die steuerrechtlichen Sonderregelungen beim Engagement für Geflüchtete ausgelaufen sind (dazu gehörte unter anderem die Berechtigung, unabhängig vom eigentlichen Satzungszweck Spenden für Geflüchtete zu sammeln und zu verwenden).

Hitliste und Wünsche

Den meisten Ärger verursacht auch ein Jahr nach ihrer Einführung noch die Datenschutzgrundverordnung. Auf ihren Fersen befindet sich in der Hitliste der Bürokratiebelastung das Finanzamt beziehungsweise Steuerfragen. In beiden Bereichen leiden Gemeinnützige darunter, dass für sie die gleichen Regelungen gelten wie für Unternehmen, ohne dass sie die

Kapazitäten gewerblicher Betriebe haben, um die Anforderungen zu erfüllen. Deshalb wünschen sie sich generell mehr Sonderregelungen und mehr Spielräume für gemeinnützige Organisationen, wenn es um Vorschriften zum Datenschutz, aber auch beim Gemeinnützigkeitsrecht geht. Je komplizierter die rechtlichen Rahmenbedingungen seien, desto schwerer ließen sich Ehrenamtliche finden, die Verantwortung übernehmen wollten, hieß es. Hier möchten Bürgerstiftungen entlastet werden. Dazu gehört, die Verwaltungssprache zu vereinfachen und telefonische Hilfe etwa beim Ausfüllen von Anträgen bereitzustellen. Im Bürokratie-Barometer 2019 wurden unter anderem auch höhere Umsatzsteuerfreibeträge, mehr zeitlicher Spielraum für die Mittelverwen-

dung und Änderungen bei der Körperschaftsteuer gefordert. Die Befragten kritisierten, dass Ehrenamtliche wie Gewerbetreibende behandelt würden. Ein Vorstandsvorsitzender aus Niedersachsen brachte es so auf den Punkt: „Die Politik muss das Ehrenamt steuerlich und von den komplizierten Einschränkungen befreien. Entbürokratisierung bedeutet Vereinfachung der Arbeit.“ □

Dr. Stefan Nährlich

„Alle unter einen Hut bringen“

Dieter Neth, BürgerStiftung Mössingen, Vorstandsvorsitzender seit 1. Januar 2018

Die wesentliche Aufgabe im Bürgerstiftungsvorstand ist, alle mit ihren guten Ideen und Aktivitäten unter einen Hut zu bringen, sodass die Bürgerstiftung ein erkennbares Profil hat. Es ist wichtig, alle zu überzeugen. Das ist ein gewisser Aufwand. Die größte Herausforderung für mich im ersten halben Jahr als Vorstandsvorsitzender war, die Organisation der Bürgerstiftung zu strukturieren, übersichtliche Ordner anzulegen, Prozesse zu digitalisieren und zu automatisieren. Administrative Angelegenheiten wie Datenschutz, Projektkoordination, Fördergelder beantragen oder Öffentlichkeitsarbeit beanspruchen etwa 15 bis 20 Stunden pro Woche im Vorstand. Die Prozesse zu automatisieren, hat sich jedoch gelohnt. Seither finden wir besser Zeit für die eigentlichen Vorstandsaufgaben. Zum Beispiel, Spender und Stifter anzuwerben. Ich kommuniziere viel. Man muss sich als Bürgerstiftung auch zeigen, wenn man wahrgenommen werden will.“

„Die Planung liegt bei mir“

Barbara Albrethsen-Keck, Bürgerstiftung Jena, Vorstandsvorsitzende seit 1. Januar 2019

Wir müssen neue Stifter und Spender gewinnen und die Beziehungen zu denen, die wir bereits haben, besser pflegen: Das sehe ich derzeit als unsere größte Herausforderung. Wie bekommen wir Kontakt zu den Leuten, die vielleicht spenden würden oder stiften? Für mich in meiner neuen Tätigkeit als Vorstandsvorsitzende bedeutet das, im Blick zu haben, wem man zum Geburtstag gratuliert, wann welches Anschreiben rausgeht. Wie oft schreibt man Leute an, und aus welchem Anlass? Uns fehlen noch Routinen im Vorstand, stelle ich fest. Zum Beispiel, wer wann auf welche Daten zugreift. Wir haben hauptamtliche Mitarbeiter in der Stiftung, aber sie sind für die geförderten Projekte zuständig – etwa für die Freiwilligenagentur – nicht für die Verwaltung der Stiftung. Ich bekomme Unterstützung, zum Beispiel, um Einladungen rauszuschicken. Die Planung liegt aber trotzdem bei mir. Den Vorstandsvorsitz habe ich aus der Stellvertretung heraus übernommen, nachdem unser Vorstand aus familiären Gründen zurücktrat. Meine ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten ist nach wie vor meine Haupttätigkeit in der Bürgerstiftung.“

GRAPHIK: Ayesha Gahmeroglu

„Realsatire, aber ich bleibe entspannt“

Holger Neuholz, Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung Bienenbüttel seit 1. Januar 2018

Bienenbüttel ist eine Einheitsgemeinde mit 8.000 Einwohnern und wir sind eine kleine Bürgerstiftung. Deshalb ist die Administration überschaubar. Wir profitieren von der beruflichen Fachkompetenz und Erfahrung unseres Finanzvorstands. Was ich als größte Herausforderung sehe, sind organisatorische Dinge. Zum Beispiel unser Bürgerfrühstück zu veranstalten, in dem wir neu zugezogene Bienenbütteler auf uns aufmerksam machen, die vielleicht einmal Zustifter werden. Das Frühstück wiederum finanzieren wir aus Spenden. Das macht alles einiges an Arbeit. Und das eingeworbene Geld wieder auszugeben, klingt auch einfacher, als es manchmal ist. Da kaufen wir zum Beispiel Schaukelpferde für einen Spielplatz oder geben den Kindergärten Geld, beispielsweise dem Waldkindergarten für einen Wohnwagenausbau – und dann können die Sachen nicht pünktlich aufgestellt werden, weil bei den Empfängern die entsprechenden Bauprojekte nicht rechtzeitig fertig werden. Dann heißt es aufzupassen und die Spenden trotzdem zu übergeben, da wir ja fristgerecht unsere Mittel verteilen müssen. Solche Vorschriften oder auch die Datenschutzgrundverordnung grenzen im Grunde an Realsatire. Ich mache mich aber nicht verrückt deswegen und bleibe ganz entspannt.“

„Satzungszwecke im Blick behalten“

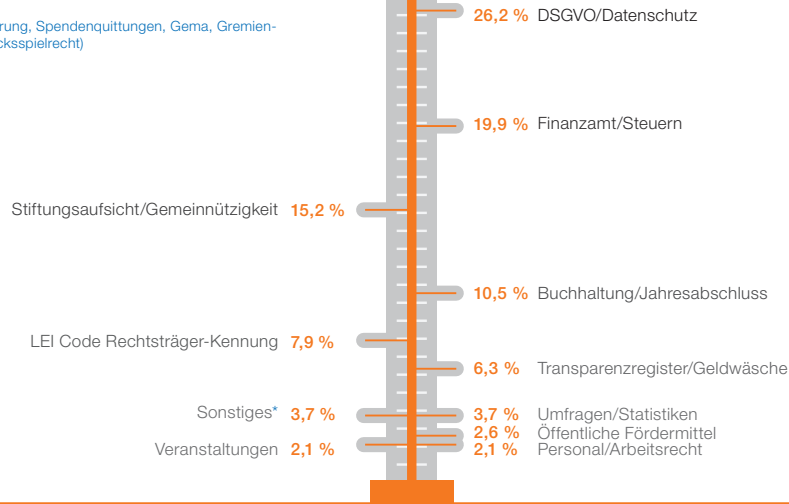
Bärbel Kremers-Gerads, Bürgerstiftung Neuss – Bü.NE, Vorstandsvorsitzende seit 1. Januar 2019

Die Bürgerstiftung Neuss Bü.NE ist breit aufgestellt. Ich habe gelernt, dass es deshalb wichtig und gesetzliche Pflicht ist, die Satzungszwecke im Blick zu behalten. Das ist die wichtigste Herausforderung für mich. Sie beinhaltet, Kontakte zu den Projekten zu halten, denen wir Förderung gegeben haben. Ich mache persönliche Besuche bei den Förderprojekten, um zu sehen, was mit dem Geld passiert und ob das unseren Förderrichtlinien entspricht. Aber auch, um die Projekte weiterzuentwickeln. Bei uns treffen täglich Förderanträge ein und finden Gespräche dazu mit Antragstellern statt. Überdies haben wir gute Netzwerke, die aber gepflegt werden wollen. Und die Administration nimmt einen großen Raum ein. Die Pflege der Website und die Anforderungen des Datenschutzes, Terminmanagement, Überweisungen, Einladungen und Protokolle schreiben, das ist alles nicht zu unterschätzen. Es ist aber zu schaffen. Man muss das Gesamtpaket sehen und dabei immer wieder darauf achten, dass die Wertschätzung für alle Beteiligten nicht zu kurz kommt. Der Einzelne verschwindet sonst in so einer Organisation.“

Bürokratie-Barometer 2019

Bitte nennen Sie uns stichwortartig bis zu drei Beispiele von Bürokratie, die ihr Engagement in der Bürgerstiftung am meisten belasten.

* (z.B. Versicherung, Spendenquittungen, Gema, Gremienprotokolle, Glücksspielrecht)



Gut gestartet

Wie sie ihre Bürgerstiftung managen, und was sich als größte Herausforderung entpuppte, als sie ihr Amt übernahmen: Die vier Bürgerstiftungsvorstände, die darüber berichten, haben im April 2019 an der ersten Weiterbildung der Aktiven Bürgerschaft in Berlin zum Thema „Guter Start für neue Vorstände“ teilgenommen. Darin ging es neben der Bürokratie um alles, was man als Vorstand wissen muss – von der Arbeitsorganisation über sinnvolle Aufgabenverteilung und Entscheidungskompetenzen bis zur Öffentlichkeitsarbeit.

• www.aktive-buergerschaft.de/weiterbildung

✉ Christiane Biedermann,
Leiterin Weiterbildung:
christiane.biedermann@
aktive-buergerschaft.de
030 2400088-12

Grafik: Ayşe Gökmençü / Aktive Bürgerschaft. Fotos: Caroline Pitzke (linke Seite), Werner Kiesel / Aktive Bürgerschaft

INTERVIEW

„Was abgucken“

Stiftungsberaterin Susanne Kessen rät zu Pragmatismus.

Fällt es Ihnen schwer, anderen Menschen zu erklären, was eine Bürgerstiftung ist? Nein. Das Argument der Mitmachstiftung schlägt alles. Es gibt kein besseres Vehikel für soziales Engagement als eine Bürgerstiftung mit ihren vielen Möglichkeiten und breiten Zwecken.

Warum lohnt es sich, Vorstand einer Bürgerstiftung zu sein?

Man kann helfen, Engagement zu bündeln und die vielen guten Ideen der Engagierten in der Bürgerstiftung zusammenzubringen, sodass sie ihr Ziel erreichen.

Worauf gilt es gefasst zu sein?

Man muss flexibel und bereit sein, über den Teller rand zu blicken. Jeder hat ja seine speziellen Stärken. Doch wenn ich zum Beispiel gut texten kann, aber jemand gebraucht wird, um sich um die Ehrenamtlichen zu kümmern, sollte ich bereit sein einzuspringen.

Neue Vorstände bringen Ideen und frischen Wind mit. Woran hapert es?

Ganz banal: Erfahrung. Man kann sich viel erklären lassen, aber man muss selbst sehen, was dahinter steckt. Die vielen Ansprechpartner, Einrichtungen, mit denen die Stiftung zusammenarbeitet, und ihre Zielgruppen kennenzulernen: Da muss man sich ranpirschen. Das gilt natürlich auch für die Anforderungen der Bürokratie und Verwaltung. Die sind durchaus auch eine Belastung, das will ich nicht beschönigen. Das sollte aber niemanden abschrecken – das gehört dazu in einer Gesellschaft wie unserer. Es muss ja auch jeder mit seiner Steuererklärung fertig werden.

Wie bekommt man die Administration am besten in den Griff?

Man muss sich kundig machen, was zu tun ist. Aber auch, mit wem man sich austauschen kann und wo es Know-how gibt. Es gibt ja Angebote wie die von der Aktiven Bürgerschaft. Oder man fragt einfach

mal bei der Bürgerstiftung im Nachbarort nach. Man kann sich ruhig was abgucken, niemand muss alles selber machen.

Was hat sich in den vergangenen Jahren bei der Leitung von Bürgerstiftungen verändert?

Sie hat sich professionalisiert. Inzwischen hat ja jeder ein kleines Büro zu Hause mit Internet und WhatsApp. Und man kann mehr nachfragen, es gibt mehr Netzwerke und Support.

Was sollte die Politik tun, um Bürgerstiftungen besser zu unterstützen?

Ein Ausnahmetatbestand bei der Umsatzsteuer wäre schön. Es gibt so viele absurde Ausnahmen, da könnte man auch eine für die Bürgerstiftungen aufnehmen. □

Interview: Gudrun Sonnenberg



Susanne Kessen

ist seit 2007 Mitglied im Vorstand der Schwäbisch Haller Bürgerstiftung. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Stiftungsberaterin war viele Jahre Prokuristin der Bausparkasse Schwäbisch Hall und engagiert sich in den Gremien der Stiftung Aktive Bürgerschaft. Im April 2019 war sie Referentin in der Weiterbildung der Aktiven Bürgerschaft „Guter Start für neue Vorstände“ in Berlin.